

MÜSSEN GEMEINDEFUNKTIONÄRE ZWINGEND DEUTSCH SPRECHEN?

Alltagstauglich

PRO

VON GRIGORI PANTIJELEW

Selbstverständlich soll in den jüdischen Gemeinden hierzulande Deutsch gepflegt werden. Oder hätten wir in den vergangenen Jahren den deutschsprachigen Mitgliedern Russischkurse anbieten sollen? Die russische Sprache wird vor allem von Senioren in den Gemeinden weitergetragen. Die mittlere Generation kommt im Arbeitsleben ohne Deutsch nicht aus, Kinder und Jugendliche wachsen meist schon in Deutschland auf. Sie sind heute kaum in der Lage, Russisch zu lesen und zu schreiben, und wenn sie ihr ungelinktes Russisch sprechen, dann im unsicheren Zwiespalt zwischen Familie und Außenwelt.

Auch wenn es unter älteren Menschen solche gibt, die die Sprachschwelle erfolgreich überwinden, so bleiben sie doch eher in der Minderheit. Die meisten konsumieren fast ausschließlich russisches Fernsehen und russische Zeitungen, sie kommunizieren in einer eigenen, zunehmend engeren Welt. Sie beklagen sich oft über den fehlenden Respekt seitens der Jugendlichen und definieren sich weiterhin über ihre Vergangenheit. Denken diese Nostalgiker an die Zukunft der Gemeinde? Ist es für sie in Ordnung, wenn sich eine jüdische Gemeinde in einen postsowjetischen Seniorenklub verwandelt? Welche Kultur leben sie den Jugendlichen vor?

Außerdem ist eine jüdische Gemeinde Teil des jeweiligen Stadtlebens und kann sich nur in ständiger Kontaktpflege mit allen Institutionen des Ortes behaupten. Alle offiziellen Repräsentanten müssen Interessen der Gemeinde wahren. Im Duktus

Wladimir Kamirners kommen sie nicht sehr weit.

Wo liegt der wünschenswerte – und praktikable – Mittelweg? Es ist notwendig, alle Mitglieder in die Gemeinde zu holen und willkommen zu heißen. Mit verschiedenen Kulturprogrammen, Klubs und Vereinigungen bekommen russisch-



GRIGORI PANTIJELEW ist Präsidiumsmitglied der jüdischen Gemeinde Bremen, Dirigent, Musikwissenschaftler und Publizist.

sprachige Senioren die Chance, sich zusammenzutun, um unter anderem aus der Einsamkeit ihrer Sprachlosigkeit herauszufinden. Wenn sie sich aber nur einigeln, anstatt in der Stadt Kontakte zu knüpfen, dann war das alles umsonst. Darüber hin-

Nächste Woche auf dieser Seite: Sport



Welche Sprache hätten Sie denn gerne – Russisch oder doch lieber Deutsch?

Foto: Marco Limberg

aus kann es sogar passieren, dass einige besonders eifrige Veteranen sich zur Mehrheit erklären und die Umstellung der Amtsführung und des Papierverkehrs auf Russisch verlangen, weil sie sich selbst für den Nabel der Gemeinde halten.

Wie lässt sich das vermeiden? Etwa so: zweisprachig nach innen, deutschsprachig nach außen. Innerhalb der Gemeinde sollte man alle Veranstaltungen, alle Verlautbarungen zweisprachig führen und dabei penibel auf das Gleichgewicht achten, denn sonst fühlen sich deutschsprachige Mitglieder sehr schnell vergrault. Im Kontakt mit anderen Gemeinschaften und Institutionen der Stadt muss man offen und diskussionsfähig sein – und lernen, anstatt sich dauernd zu schämen. Unter anderem von den eigenen Kindern und Enkelkindern, wie man sich erfolgreich integriert. Die jüngsten von ihnen schaffen es schnell und meist vorbildlich. Ob sie auch als Er-

wachsene zur jüdischen Gemeinde gehören werden?

Um alle drei Generationen nicht aus den Augen zu verlieren, haben die Gemeindevorstände die folgenden unabdingbaren Aufgaben. Erstens: Behutsames Anspornen der Älteren, damit sie sich nicht in sich verschließen. Zweitens: Aktive Verpflichtung der mittleren Generation, die ihren Kindern die Integration nicht nur in der Arbeitswelt, sondern auch in der jüdischen Gemeinde vorleben müssen. Drittens: Freudvolles Einbeziehen der Jugendlichen und Kinder in den jüdischen Unterricht und die Weitergabe der jüdischen Tradition, allerdings nicht durch alberne Shows, die vom Fernsehen abgequackert sind, oder Paraden, kopiert aus militarisierten Ferienlagern, sondern durch Lesen, Diskutieren, Lernen – damit sie „a kluger Kopf“ werden. Hin aus dem sprachlichen Ghetto, hinein ins Leben!

Leitkulturträume

CONTRA

VON SERGEY LAGODINSKY

Das Spannendste an der Berliner Gemeindegewahl ist das Anfechtungsverfahren danach. Ein Bündnis der Wahlverlierer will das Ergebnis für nichtig erklärt sehen, denn die Anfechter haben beim Wahlverfahren Ungeheuerliches aufgedeckt: Die Auszählung der Stimmen fand „in russischer Sprache“ statt, und das auf „deutschem Gebiet“!

Ich will ehrlich sein: Bei dieser Anfechtung stört mich nicht die Aussicht, meinen Platz in der Berliner Repräsentanz zu verlieren. Auch finde ich weniger schlimm, dass die (deutsche!) Sprache im Anfechtungsschreiben unangenehm an „Nachrichten von der Front“ erinnert. Irritierend ist vielmehr, dass der Vorwurf der Wahlfälschung durch Auszählung auf Russisch für eine bedenkliche Tendenz des Sprachfetischismus in unseren jüdischen Gemeinden steht. Sind die deutschen Sprachkenntnisse jüdischer Funktionäre (Wahlhelfer, Klubleiter, Putzkräfte, ...) das A und O unseres Gemeindelebens? Ja, sagen viele, doch ist ein solcher kategorischer Sprachimperativ weder moralisch noch pragmatisch haltbar.

Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass es sich um jüdische Gemeinden in Deutschland handele, die schon aus diesem Grund auf Deutsch geführt und gelebt werden müssen. Dieses Argument speist sich aus zwei Quellen: aus dem wiederentdeckten Deutschpatriotismus der jüdischen Gemeinden sowie aus der Übernahme der deutschlandweiten Integrationsrhetorik durch die Gemeindefunktionäre. Die Übertragbarkeit beider Quellen in unseren Kontext ist mehr als fraglich. Ob deutsche Juden sich als deutsche Patrioten fühlen wollen, bleibt angesichts unserer prekären historischen Selbstverortung in diesem Land jedem Einzelnen überlassen. Unser ambivalentes Individualverhältnis zu Deutschland kann man durch einen kollektiven Gemeindepatriotismus und Sprachzwänge weder kaschieren noch kompensieren.

Auch Integrationsargumente sind fehl am Platze. Erstens geht es schon lange nicht mehr darum, jüdische Zuwanderer in die Gemeinden zu integrieren. Man integriert keine 90 Prozent in 10 Prozent! Es ist in der Tat die Aufgabe der Gemeinden, die Neuzuwanderer in das religiöse Leben behutsam einzuführen. Doch hier fragt man zusammen mit einer Figur der Berliner Schriftstellerin Anna Sokhrina: „Wer sagt, dass man mit G'tt auf Deutsch reden muss?“ Auch mit den Gemeinden muss man nicht auf Deutsch reden, sondern in der Sprache, die deren Mitglieder verstehen. Und das ist vor allem bei Älteren häufig Russisch. In Ostdeutschland, aber auch in kleineren westdeutschen Städten, gibt es ganze jüdische Gemeinden, die nur aus russischen Zuwanderern bestehen. Würde

man auch dort einen Deutschzwang durchsetzen, käme der linguistische Alltag in diesen Gemeinden in seiner Komik einer Misshandlung der deutschen Sprache gleich.

Es ist auch nicht die Aufgabe der Gemeinden, die Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft und erst recht nicht in die deutsche Kultur einzuweißen. Dies bleibt die Verantwortung der bundesrepublikanischen Gesamtgesellschaft, die sich dieser Aufgabe nicht allzu leicht entledigen sollte. Gemeinden sind keine Labore für Erwachsenenpädagogik. Funktionär zu sein ist in jüdischen Gemeinden weder ein Siegespokal im Integrationswettbewerb noch eine Symbolrolle mit Außenwirkung. Es ist vielmehr eine harte Arbeit im Inneren der Gemeinden. Dafür braucht man heute keine Sprachtests.

Und auch pragmatisch muss man differenzieren:

Ausschlaggebend für Funktionäre ist ihre Funktion. Für das Auszählen von Wahlstimmen ist die deutsche Sprache genauso irrelevant wie für die Arbeit mit russischsprachigen Senioren oder die Leitung von Puschkinlesungen. Diese Aufgaben sind in unseren heutigen Gemeinden (Willkommen in der Realität!) keine Randaufgaben mehr, sondern gehören zu den Kernkompetenzen genauso wie das Händeschütteln mit Stadtabgeordneten bei Neujahrsempfängen. Wer dagegen schwerpunktmäßig repräsentieren will, muss auch mal eine Rede auf Deutsch halten können. Hier dürfen aber Akzent und Grammatikfehler kein Grund zur Scham sein: Wir sind eine Gemeinschaft von Einwanderern und wir stehen dazu! Deutschsprechen ist also für Gemeindefunktionäre kein Muss, sondern vom Schwerpunkt ihrer jeweiligen Rolle und ihres Mandats abhängig.

Und noch etwas: Das Spracherfordernis darf nicht zu einem neuen Instrument gemeindeinterner Machterhaltung werden. Eine Segregation der jüdischen Gemeindefunktionäre hat heute schon diskriminierende (und wohl verfassungswidrige) Ausmaße erreicht: Schon jetzt darf in zahlreichen Gemeinden, wie in Berlin oder Köln, nicht zum Repräsentanten gewählt werden, wer – neben geistigen Behinderungen oder Vorstrafen – einen nichtjüdischen Ehepartner oder nichtjüdische Kinder hat. Eine zusätzliche sprachliche Hürde würde die (bei vielen missliebige) Vielfalt in Gemeindevorständen noch mehr einengen. So hätten wir an der Spitze das, was an der Basis schon lange nicht mehr geht: eine elitäre Leitkultur!



SERGEY LAGODINSKY ist Rechtswissenschaftler und Publizist in Berlin.

Leserbriefe

Unfaire Behandlung

Wiglaf Droste: „Schmidt und Pocher geben Gas“ Jüdische Allgemeine vom 22. November Mit einem ziemlich unsäglichen Artikel hat Wiglaf Droste die ziemlich unsägliche Sendung Schmidt und Pocher kommentiert. Da habe ich nichts gegen, jeder kann ja das Niveau wählen, das ihm zusagt. Empört habe ich mich allerdings – auch auf die Gefahr hin, nun ebenfalls als Trottel zu gelten –, dass Herr Droste auch Papst Benedikt diesem Niveau zuordnet, gesteigert noch mit der Bemerkung „Gestalten, die dem Wort Penetranz jeweils eine neue Dimension verleihen“. In einer Zeitung, in der es mit Recht immer sofort einen Aufschrei gibt, wenn jüdische Persönlichkeiten unfair behandelt werden, sollte man sich im Umgang mit Persönlichkeiten anderer Religionsgemeinschaften doch wenigstens an die selben Maßstäbe halten, die man für sich selber – nochmals: zu Recht! – einfordert. Stellen Sie sich zur Gegenprobe nur mal für eine Sekunde vor, was Sie empfunden hät-

Leserbriefe sind keine redaktionelle Meinungsäußerung. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

ten, wenn in dem besagten Satz an Stelle des Papstes der Oberrabbiner von Israel oder Frau Knobloch gestanden hätte.

Michael Gehrke, Crimmitschau

Constitution und Grundgesetz

Jonathan Sacks: „Der große Irrtum“ Jüdische Allgemeine vom 15. November Dass dieser Artikel in einem bedeutenden Organ der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland auf der ersten Seite erscheint, hat mich erschüttert. Der Artikel richtet sich gegen Toleranz, Liberalismus und Modernität. Man muss den Autor wohl so verstehen, dass er bedauert, dass „immer mehr Gruppen Anerkennung forderten: die Juden und die Schwarzen, dann die Frauen und die Schwulen“. Ich hingegen bin sicher, dass die große Mehrheit der Juden in Deutschland entschieden für die Rechte all dieser Gruppen eintritt. Ferner bedauert Sacks, dass das Internet die „nationale Identität“ schwächt, ohne die er aber meint, dass eine „Gesellschaft langfristig nicht bestehen könne“. Nun, wohin übersteigter Nationalismus und Intoleranz führen, hat die Geschichte Deutschlands und Europas im letzten Jahrhundert gelehrt. Rabbi Sacks glaubt, dass die englische Kultur und Gesellschaft auf der Bibel, Shakespeare und großen Romanen beruht. Zu einem Teil ja. Aber er lässt die British

Constitution unerwähnt. Demokraten in Deutschland müssen in allen Fragen der Grundrechte das Grundgesetz beachten. Hier gilt zur Toleranz gegenüber Minderheiten Artikel 3: Gleichheit vor dem Gesetz; Gleichberechtigung von Männern und Frauen; Diskriminierungsverbote. Artikel 4: Glaubens-, Wissens- und Bekenntnisfreiheit. Nimmt man diese ernst, so geht es in einer modernen Gesellschaft nicht ohne Pluralismus und Toleranz. So sehr ich für die Meinungsfreiheit (Art. 5 GG) eines englischen Rabbiners eintrete, auf der Titelseite einer wichtigen jüdischen Zeitung in Deutschland sollte eine solche Schrift gegen die Toleranz und für den Nationalismus nicht erscheinen. Morgen schon kann uns ein nationalistischer Politiker diese Aussagen zu unserem Nachteil auslegen. Es wäre nicht das erste Mal, dass deutsche und europäische Politiker sagen würden, dass ja selbst die Juden solche Positionen der Ausgrenzung von Minderheiten gutheißen. Für uns Juden müssen Toleranz, Liberalität, die Rechte der Minderheiten und aller Menschen, Mann oder Frau, auf der Grundlage der Verfassung ganz oben auf unserer Werteskala stehen. Gerade diese Werte müssen Grundlage eines Moralbegriffs sein, von dem Rabbiner Sacks meint, er sei verloren gegangen.

Dan Sommer, Frankfurt a. M.

Ist Homosexualität böse?

Sehr geehrter Herr Sacks, aus Ihrer Darstellung könnte der Eindruck entstehen, Sie hielten Homosexualität für eine Frage der Moral. Verstehe ich Sie richtig, Sie halten versuchten Selbstmord, Abtreibung und Homosexualität für unmoralisch? Heterosexualität müsste demnach von vornherein moralisch gut sein. Wenn also Moral die Frage nach Gut und Böse ist, wie Sie schreiben, ist dann Homosexualität böse für Sie? Schauen wir mal hin: Ein Mann, der eine Frau liebt, wäre demnach moralisch und gut – weil heterosexuell? Er punktet also ohne jegliche Anstrengung? Oder wie steht es mit dem Mann, der Frauen hasst, aber mit einer zusammenlebt? Ist das moralisch und gut – weil heterosexuell? Oder ist der zweite Mann, der Hassende, vielleicht noch besser, moralisch, weil er sich zusätzlich auch noch anstrengt, den Forderungen der Moral zu entsprechen? Moral ist ja eigentlich nur da vonnöten, wo Menschen in eine bestimmte Richtung gedrängt oder verpflichtet werden sollen, in die sie nicht von alleine streben möchten. Wenn also Homosexualität eine Frage der Moral sein soll, kann das eigentlich nur heißen: Alle Menschen sind von Natur aus lieber homosexuell und müssen deshalb mit Mitteln der Moral zur Heterosexualität geführt werden. Jene, die es schaffen, wären dann also gut,

und die anderen leider böse und unmoralisch – und immer noch homosexuell. Der Punkt ist wohl, dass Sie die Werte, die Sie haben möchten, nicht positiv benennen. Damit reduzieren Sie Moral auf jene letzten „christlichen Werte“ in der Rechtsprechung, also etwa die Homophobie in Form von Bestrafung von Homosexuellen. Wenn nun diese Bestrafung wegfällt, stehen Sie ohne Werte da, ohne Moral. Das müsste nicht sein. Denken Sie an die Menschenrechte: Das sind vielleicht nicht explizit christliche Werte. Aber sind sie deswegen unchristlich?

Martin Schneider, Berlin

Nur Mut!

Micha Guttman: „Wissens Wert“ Jüdische Allgemeine vom 29. November Als Zeitgenosse und als Fernsehjournalist und Autor würde ich es sehr begrüßen, wenn sich die deutschen Rabbiner wesentlich mehr als bisher an der gesellschaftspolitischen Debatte beteiligen würden. Aber auch als praktizierender Katholik stimme ich dem Artikel ausdrücklich zu. Durch die laufenden Wortmeldungen aus dem Zentralrat wird der (falsche) Eindruck erweckt, als gäbe es in Deutschland nur mehr oder weniger säkulare jüdische Stimmen von Gewicht. Ich weiß aus eigener Kenntnis, dass dem nicht so ist. Also: nur Mut!

Ingo Langner, Berlin